

Rede

Kiel, 25.01.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Offshore-Windanlagen (Windmühlen auf dem Meer)

Betrachtet man die Entwicklung der Windenergie auf dem Festland, so kann man mit Fug und Recht von einer Erfolgstory der Landesregierung reden. Bis 2010 sollten 1200 Megawatt Windenergieleistung erreicht sein. Dieses Ziel ist jetzt schon erreicht. Einhergehend mit einer verantwortungsvollen Planung von Eignungsräumen, in denen solche Anlagen errichtet werden dürfen.

Derzeit werden 17% des Energiebedarfs in Schleswig-Holstein durch Windstrom gedeckt - der zu mehr als zwei Dritteln aus Bürgerwindparks stammt. Das ist unser Beitrag zu den Vereinbarungen auf dem Weltklimagipfel. Schleswig-Holstein ist hierbei sowohl im Denken als auch in der Erschließung neuer wirtschaftlicher Standbeine fortschrittlich.

In der Vergangenheit haben sich gerade an der Westküste Firmen angesiedelt, die Windenergieanlagen herstellen. Deren Anteil an der Wertschöpfung hat inzwischen den des Tourismus an der Westküste eingeholt. Bei diesen Betrieben handelt es sich um hochinnovative und gleichzeitig arbeitsintensive Unternehmen, die im Falle der in Konkurs gegangenen Husumer Schiffswerft sogar dazu beigetragen haben, dass die Auswirkungen dieses Konkurses weitgehend abgefangen werden konnten und man jetzt sogar positiv in die Zukunft sieht.

Der Bericht macht deutlich, dass der positive Weg jetzt auch im Offshore-Bereich fortgesetzt werden kann. Aber auch hier müssen natürlich, wie zuvor



an Land, die Belange der Umwelt oder auch des Tourismus berücksichtigt werden. Während Untersuchungen des N.I.T. eine hohe Akzeptanz von Windkraftanlagen bei den Touristen aufzeigen, herrscht jedoch noch viel Unsicherheit, was die Vor- und Nachteile für die Umwelt anbelangt.

Die äußerliche Wirkung ist wichtig für die Akzeptanz bei unseren Feriengästen. Weit im Offshore-Bereich liegende Anlagen werden hierbei sicherlich eine höhere Akzeptanz haben als küstennahe Anlagen. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass ein Windpark draußen in der Nordsee oder Ostsee ein Anziehungspunkt für Touristen sein könnte.

Dass die Windkraftplanungen im Offshore-Bereich für die Natur wesentlich größere Auswirkungen haben könnten, zeigt der Bericht sehr deutlich. So grenzen die unterschiedlichen Schutzgebietsausweisungen die Räume ein, die nutzbar sind. Darüber hinaus bestehen auch Unsicherheiten in Bezug auf die Auswirkungen eines solchen Windparks. Welche Auswirkungen ein Windpark im Meer auf die Fauna, die Flora, den Boden oder das Wasser haben, ist zumindest in Deutschland noch nicht eingehend untersucht worden. So sind Vibrationen der Windmühlen, die möglicherweise bis in den Grund spürbar sind oder auch die Auswirkungen der Stromleitungen, die die Mühlen mit dem Festland verbinden müssen, noch relativ unerforscht.

Sobald potentielle Gebiete festgelegt sind, sind umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen einzuleiten. Doch der hohe Zeitdruck der mittlerweile entstanden ist, wird die Durchführung der Untersuchungen nicht vereinfachen. Wir wissen, dass bis 2006 noch erhöhte Einspeisungsvergütungen für Windstrom gezahlt werden. Später errichtete Anlagen erwirtschaften nach diesem Termin nur noch eine verringerte Vergütung. Aufgrund der verbliebenen engen Zeitschiene sollten wir in Betracht ziehen, auf externe vergleichende Untersuchungen zurückzugreifen. Aus diesem Grund begrüßen wir auch, dass Energieminister Möller kürzlich mit dem dänischen Umweltminister Svend Auken Gespräche geführt hat, um sich über den Stand der Offshore-Windkraftplanungen in Nord- und Ostsee auszutauschen. Neben der Abstimmung von nebeneinander durchgeführten Planungen im deutschen Offshore-Bereich, kann man sicherlich auch auf Untersuchungen und Erkenntnisse der Dänen, hinsichtlich ihres schon wesentlich fortgeschritteneren Windpark-Projekts vor Esbjerg, zurückgreifen.

Neben diesen externen Erkenntnissen, den Ergebnissen der Untersuchungen vor Ort und den wirtschaftlichen Erwägungen, muss man auch die Bevölkerung vor Ort, also an den jeweiligen Küstenabschnitten, beteiligen, bevor man zu einer entgeltigen Entscheidung kommt. Dieses Beteiligungsverfahren muss man jetzt so schnell wie möglich einleiten, um alle Möglichkeiten zur Diskussion und zur gegenseitigen Information zu nutzen.



Für die Nordsee- und Ostseegebiete muss weitgehend, aber auch schnell geprüft werden, ob geeignete Standorte für Offshore-Windparks gefunden werden können. Nur so erhält man einerseits vernünftige Planungsdaten und schafft andererseits Planungssicherheit bei möglichen Investoren. Der am Ende des Berichts angegebene Zeitplan macht deutlich, dass innerhalb von 3-4 Jahren für Klarheit gesorgt werden könnte. Dies würde bedeuten, dass enorm schnell geplant wird. In der Abwägung aller Belange kann man der Landesregierung hierfür nur eine glückliche Hand wünschen.

